

Liebe Leserinnen und Leser,



der Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Themen in Sachsen und stellt GRÜNE Initiativen im Landtag vor.

Die Antworten unserer Großen Anfrage zur Prävention und Bekämpfung des [Crystal](#)-Konsums in Sachsen liegen vor. Wir haben dazu einen Entschließungsantrag eingebracht, der viele konkrete Maßnahmen zur Weiterentwicklung des 10-Punkte-

Plans enthält. Ein weiterer Antrag unserer Fraktion soll die [soziale Arbeit](#) in Sachsen stärken. Wir wollen einen [barrierefreien Zugang zum Informationsportal „Amt 24“](#) erreichen. Unser Antrag dazu wird derzeit im Sozialausschuss diskutiert. Beim [sozialen Wohnungsbau](#) machen wir uns für die notwendigen politischen Rahmenbedingungen stark, so dass tatsächlich mehr bezahlbarer Wohnraum entstehen kann.

Ich habe mich zur geringen Inanspruchnahme des [Landeserziehungsgeldes](#) geäußert sowie zur Eindämmung der [Influenza-Erkrankungen](#), denn auch dieses Jahr erleben wir in Sachsen wieder eine heftige Grippewelle. Im Plenum habe ich unsere GRÜNEN Positionen zur [medizinischen Versorgung](#) in Sachsen, zum deutschen [Krankenversicherungssystem](#), der [Wohnungslosigkeit](#), der [Geburtshilfe](#) und zum [Landesblindengeld](#) eingebracht. Bei der aktuellen Debatte zu den [Tafeln](#) habe ich mich deutlich gegen die Stimmungsmache der AfD positioniert. Der [Regierungswechsel in Sachsen](#) hat eine Debatte über die Zukunft des Freistaates ausgelöst. Außerdem blicke ich zurück auf die zweite GRÜNE [Preisverleihung für KITAS in Chemnitz](#), die eine gesunde Ernährung fördern. Bei der [Red-Hand-Day Aktion](#) in Chemnitz habe ich - gemeinsam mit vielen Anderen - ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten gesetzt.

Über Rückmeldungen freue ich mich.

Eine spannende Lektüre wünscht Volkmar Zschocke.

Crystal

Am 15. März diskutierte der Landtag auf unsere Initiative über den Konsum von Crystal in Sachsen. Die Zahl der hilfeschreitenden Crystal-Abhängigen in Sachsen stagniert auf hohem Niveau. Die GRÜNE Fraktion hat eine Große Anfrage zum Thema an die Staatsregierung gestellt, die im Januar beantwortet wurde. Die Antworten zeigen mir: Der 10-Punkte-Plan der Staatsregierung zur Prävention und Bekämpfung des Crystal-Konsums in Sachsen ist bisher keine Erfolgsgeschichte. Die Verstetigung der in den Landkreisen entwickelten Crystal-Suchthilfeprojekte steht in Frage. Es fehlen stationäre Therapieplätze, insbesondere für Eltern mit Kind und in den Justizvollzugsanstalten. Die Polizei verfügt über keine ausreichende personelle und technische Ausstattung zur Crystal-Bekämpfung. Hinzu kommen neue Problemstellungen,

wie der Anstieg der Fälle von Crystal-geschädigten Neugeborenen, auf die die Staatsregierung bisher unzureichend reagiert. Am 15. März wurden die Antworten zu unserer Großen Anfrage im Plenum diskutiert. Wir haben einen Entschließungsantrag eingebracht, der viele konkrete Maßnahmen zur Weiterentwicklung des 10-Punkte-Plans enthält. Dafür brauchen wir jetzt mehr öffentliche Unterstützung.

- [Entschließungsantrag](#)
- [Rede zur Großen Anfrage \(hier auch als Video\)](#)
- [Zwischenbilanz auf Grundlage der Großen Anfrage](#)
- [Pressemitteilung zur Großen Anfrage](#)
- [Pressemitteilung zu Methamphetamin-Rückständen im Abwasser](#)
- [Pressemitteilung zu crystalabhängigen Gefangenen](#)
- [Kleine Anfrage: Dunkelfeldstudie Crystal](#)
- [mehr zum Thema Crystal](#)

Soziale Arbeit

Die GRÜNE Fraktion hat einen Antrag zur Stärkung der sozialen Arbeit im Freistaat Sachsen vorgelegt. Der neue sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer hat mehrfach angekündigt, alles müsse sich jetzt dem Motto >>gesellschaftlicher Zusammenhalt<< unterordnen. Ich nehme ihn beim Wort und fordere eine ernsthafte Debatte zum Wert sozialer Arbeit in Sachsen ein. Soziale Arbeit braucht qualifizierte Fachkräfte, mehr Wertschätzung und bessere Arbeitsbedingungen. Unser Antrag fordert die Staatsregierung auf, den aktuellen und zukünftigen Fachkräftebedarf zu analysieren, das Fachkräftegebot sicherzustellen und verlässliche Finanzierungsperspektiven zu schaffen. Viele Beschäftigte hangeln sich von einem Sparhaushalt zum nächsten, von einer Projektfinanzierung zum nächsten. Vielen Trägern fällt es schwer, unter diesen Bedingungen überhaupt noch Fachkräfte zu gewinnen, weiterzuentwickeln und an sich zu binden. Das verschärft die Fachkräfte-Not. Zum Antrag wird es am 9. April, 11 Uhr im Sächsischen Landtag eine öffentliche Sachverständigen-Anhörung geben. Interessierte sind herzlich eingeladen teilzunehmen.

- [Antrag](#)
- [Pressemitteilung](#)

Barrierefreier Zugang zum Informationsportal „Amt 24“

Barrierefreie Information und Kommunikation ist ein wesentlicher Schlüssel für die selbstbestimmte und selbstverantwortete Lebensführung der Einwohnerinnen und

Einwohner Sachsens. Die Staatsregierung hat sich im Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zur barrierefreien Information und Kommunikation verpflichtet. Im Aktionsplan werden verschiedene Maßnahmen zur „Barrierefreien Information und Kommunikation“ angekündigt. Bereits im Jahr 2016 sollten auf dem Informationsportal Informationen zur Zugänglichkeit und Barrierefreiheit von Behörden aufgenommen worden sein (S. 102). Doch die Umsetzung steht bis heute, bei vielen der auf dem Portal abgebildeten Behörden, aus. Unsere Fraktion hat deshalb einen Antrag in den Landtag eingebracht. Wir drängen darauf, dass diese Informationen umgehend auf dem Informationsportal ergänzt werden. Gleichzeitig fordern wir die Erarbeitung konkreter Vorgaben zum Umfang der Angaben zur Zugänglichkeit und Barrierefreiheit, die Steuerung des Umsetzungsprozesses sowie die Erfolgskontrolle. Der Antrag wurde bereits mehrfach im Sozialausschuss beraten. Mit der Abstimmung habe ich über ein halbes Jahr gewartet, um der Verwaltung die Chance zu geben, die Mängel abzustellen, nichts ist passiert. Die Koalition aus CDU und SPD hat zwar das Problem erkannt, die Zustimmung zum Antrag haben sie jedoch bis dato verzögert. Ich habe kein Verständnis für dieses unterlassene Regierungshandeln. Im Sozialausschuss am 9. April werde ich den Antrag zur Abstimmung bringen. Ich hoffe auf Zustimmung, damit unsere Forderungen zügig von der Staatsregierung umgesetzt werden müssen.

- [Antrag](#)
- [Pressemitteilung](#)
- [Kleine Anfrage](#)
- [Aktionsplan der Sächsischen Staatsregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention](#)

Sozialer Wohnungsbau

Am 31. Januar 2018 machten wir den Sozialen Wohnungsbau zum Thema im Landtag. Die Förderrichtlinie der CDU-SPD-Regierung für das 2017 beschlossene Programm zum sozialen Wohnungsbau ist völlig ungeeignet, langfristig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Aus Dresden und Leipzig erreichen uns massive Klagen, über die hohen bürokratischen Hürden der Richtlinie. Andere Städte wie Chemnitz beanstanden, dass sie nicht einmal ein Anrecht auf Förderung haben, weil sie die harten Kriterien wie Leerstandsquote oder Mietenanstieg nicht stadtweit erfüllen. Die in der Förderrichtlinie eingebaute 'Mietpreisbremse nach unten' führt dazu, dass bei Kaltmieten, die mehr als fünf Prozent unter den KdU-Sätzen (Kosten der Unterkunft) liegen, die Förderung gekürzt wird. Wollen beispielsweise kommunale Unternehmen preiswerten Wohnraum schaffen, werden sie bestraft und benachteiligt. Zudem weigert sich die Staatsregierung weiterhin, die Bundesfördermittel für soziale Wohnraumförderung vollständig einzusetzen. Sachsen erhält jährlich ca. 142 Millionen Euro unter der Maßgabe, diesen Betrag aus Landesmitteln zu verdoppeln. Doch der Freistaat nutzt seit Jahren nur 40 Mio. Euro

der Bundesförderung. Wir wollen ein Scheitern im sozialen Wohnungsbau in Sachsen verhindern und haben einen Antrag in den Landtag eingebracht, der die Staatsregierung auffordert, die Zugangsbedingungen abzusenken und stadtteilbezogen zu betrachten. Wir wollen verhindern, dass niedrige Mietangebote zu reduzierter Förderung führen. Darüber hinaus schlagen wir vor, die Mietbindung als Sozialwohnung auf 25 Jahre zu verlängern. Obwohl gerade die SPD immer wieder betont, wie wichtig ihr das Thema sei, wurde unser Antrag von der Koalition aus CDU und SPD abgelehnt.

- [Antrag](#)
- [Pressemitteilung zum GRÜNEN Antrag](#)
- [Rede](#)
- [Pressemitteilung zum sozialen Wohnungsbau in Chemnitz](#)
- [Video](#)

Landeserziehungsgeld

Die Mittel des reformierten sächsischen Landeserziehungsgeldes werden nicht wie erwartet in Anspruch genommen. Seit 2010 sinkt die Anzahl der Eltern, die Landeserziehungsgeld beantragen von Jahr zu Jahr, weil die Zahlbeträge zur Existenzsicherung nicht ausreichen. Ministerpräsident Michael Kretschmer hat in seiner Regierungserklärung im Februar angekündigt, die Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern zu wollen. Ich sage: Die übrig gebliebenen Mittel des Landeserziehungsgelds dürfen nicht auf die hohe Kante gelegt werden. Die Staatsregierung muss jetzt jeden Euro in die Entlastung der Kommunen und die Verbesserung der Betreuungsqualität in den Kindertagesstätten stecken, anstatt krampfhaft an einem Modell festzuhalten, welches Eltern immer weniger nutzen.

- [Pressemitteilung](#)

Influenza-Erkrankungen

Von Anfang Oktober 2017 bis Anfang März 2018 wurden knapp 17.000 Grippe-Fälle in Sachsen erfasst. 19 Menschen starben in diesem Zeitraum an den Folgen der Krankheit. Die gesetzlich Versicherten, die sich impfen lassen wollen, müssen dann auch den bestmöglichen Schutz erhalten. Doch der beste Impfstoff hilft nicht, wenn es zu wenig Personal gibt, das die Bürgerinnen und Bürger berät und impft. Deshalb muss der öffentliche Gesundheitsdienst stärker unterstützt werden,

- [Pressemitteilung](#)

Medizinische Versorgung

Das Thema medizinische Versorgung ist hochaktuell, vor allem im ländlichen Raum, wo der Ärztemangel immer akuter wird. Die Koalition hat am im November letzten Jahres einen Antrag auf die Tagesordnung des Landtages gesetzt, um die medizinische Versorgung stärken. Der Antrag bleibt aber die Antwort schuldig, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

- [Rede](#)
- [Kleine Anfrage: Bedarfsplanung der Kassenärztlichen Vereinigung](#)
- [Pressemitteilung: Ärztliche Bedarfsplanung im Erzgebirge](#)

Krankenversicherung

Wir GRÜNEN fordern seit Jahren die Einführung einer Bürgerversicherung. Wir wollen eine solidarische Finanzierung mit dem Ziel, alle gut versorgen zu können. Ein aktueller Antrag der LINKEN, der im November auf der Tagesordnung des Landtages stand, fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für eine gesetzliche "Krankenversicherungspflicht" bei Beamten, Selbständigen und Freiberuflern einzusetzen. Vor allem bei Beamten würde der Staat als Arbeitgeber erhebliche Kosten sparen. Wir teilen die Intention, alle Bürger*innen in die Finanzierung der Krankenversicherung einzubeziehen. Ich habe in der Debatte aber auch auf die Unterschiede aufmerksam gemacht, die in dem Bürgerversicherungskonzept der LINKEN und dem von uns GRÜNEN vorhanden sind. Die einfache Formel "die gesetzliche Krankenversicherung ist gut, die private ist schlecht" teilen wir nicht. Wir wollen keine "Einheitskasse". Wir sagen ganz klar: Niemand soll vom Staat in eine bestimmte Versicherung gezwungen werden.

- [Rede](#)

Wohnungslosigkeit

Die zunehmende Zahl Wohnungsloser in Deutschland und auch Sachsen ist alarmierend. Gerade im Winter spitzt sich die Situation für die Betroffenen zu. Sie dürfen nicht Opfer von Kälte werden. In einer aktuellen Debatte im Dezember-Plenum habe ich ich erneut eine landesweite Wohnungslosenstatistik eingefordert, denn das Versprechen im Koalitionsvertrag dazu wurde still und heimlich beerdigt. Eine Vielfalt an Angeboten ist notwendig, aber Hilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wohnungslose dürfen nicht entmündigt und ihrer Freiheit beraubt werden. Es gibt Menschen, die sich wohlgemeinten Hilfsangeboten entziehen. Ob und welche Hilfe sie annehmen, entscheiden sie selbst. Unsere Aufgabe ist es, die Angebote so auszugestalten, dass sie dem Bedarf entsprechen und viele diese Unterstützung in Anspruch nehmen.

- [Rede](#)
- [Pressemitteilung: Besuch im Chemnitzer Wohnprojekt I](#)

Geburtshilfe

Die AfD will angeblich ein „geburtenfreundliches Sachsen“. Ich habe im Dezember-Plenum deutlich gemacht, dass die AfD keine funktionierende Lösung für das vielschichtige Problem anbietet. Das kann ich so überzeugt sagen, weil wir GRÜNEN uns seit Jahren auf Landes- und auf Bundesebene intensiv damit beschäftigen und Druck machen. Die AfD ignoriert mit ihrem Antrag die Landtagsbeschlüsse für ein Landesprogramm und eine Studie. Die GRÜNE Fraktion bleibt dran: Im Juni findet auf unsere Initiative hin der 3. Runde Tisch im Landtag statt.

- [Rede](#)
- [Kleine Anfrage: Risiken in der Geburtshilfe](#)
- [Kleine Anfrage: Kaiserschnittraten in Sachsen](#)
- [Kleine Anfrage: Steigenden Geburtenzahlen, stationäre Geburtshilfe und Neonatologie](#)

Tafeln

Am 15. März hat die AfD eine Diskussion zu den Tafeln auf die Tagesordnung im Landtag gebracht. Das Engagement der Tafeln verdient großen Respekt. Die Empathie der vielen Ehrenamtlichen ist beeindruckend. Die Ehrenamtlichen der Essener Tafel haben auf die Grenzen ihres Handelns aufmerksam gemacht. Aufgeregte Empörung über die Entwicklung nutzt den Armen genauso wenig wie kaltes Relativieren à la Jens Spahn. Sozialstaatliche Leistungen müssen allen Bedürftigen, egal welcher Herkunft, ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Das ist mit den aktuellen Regelsätzen von Hartz IV nur schwer möglich. Und mit dem Asylbewerberleistungsgesetz erst recht nicht. In der Debatte ist einmal mehr deutlich geworden, dass die AfD Konflikte unter Armen für ihre Propaganda missbraucht – nach dem „Motto“: Jetzt nehmen die Ausländer den deutschen Bedürftigen sogar noch das Essen weg. Das AfD-Programm zeigt jedoch: Diese Partei war und ist keine soziale Partei – noch nicht mal für Deutsche.

- [Rede](#)

Landesblindengeld

Seit dem 01.01.1996 wurden die im Landesblindengeldgesetz geregelten Nachteilsausgleiche für gehörlose und sehbehinderte Menschen sowie für die schwerstbehinderten Kinder nicht angepasst. Taubblinde Menschen, die einen besonders hohen Unterstützungsbedarf aufweisen,

fanden bisher überhaupt keine Erwähnung. Am 14. März wurde im Landtag das Landesblindengeldgesetz endlich geändert. Kritisch anzumerken ist: Immer wenn es um die Belange behinderter Menschen geht – egal, ob es das Landesblindengeld, die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention, die schulische Inklusion, die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes oder die barrierefreie Information und Kommunikation betrifft - gibt es dieses langwierige Ringen um die kleinen Schritte. Ich wünsche mir eine Sozialministerin, die sich an die Spitze all dieser notwendigen Reformen stellt und diese auch wirklich entschlossen vorantreibt. Der Landtag hätte die Erhöhung des Landesblindengelds bereits im Dezember 2016 beschließen können. Unsere Änderungsanträge dazu lagen vor.

→ [Rede](#)

Regierungswechsel in Sachsen

Der langjährige Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) ist im Dezember zurückgetreten. Im Januar wurde Michael Kretschmer (CDU) als neuer Ministerpräsident vereidigt. Unsere Fraktion hat die Kabinettsumbildung und die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten kritisch begleitet und deutlich gemacht, dass Sachsen aus unserer Sicht in vielen politischen Bereichen einen wirklichen Neuanfang braucht.

→ [Rede zur Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten](#)

→ [Rede: Sachsen braucht einen politischen Neuanfang](#)

GRÜNER Kita-Preis für gesunde Ernährung

Im Dezember 2017 habe ich zusammen mit Petra Zais und den Chemnitzer GRÜNEN zum zweiten Mal das Chemnitzer „Kohlräbchen“, unseren GRÜNEN Kita-Preis für gesunde Ernährung, verliehen. Von allen eingegangenen Bewerbungen hat uns die vom Hort Paul-Gerhardt-Straße auf dem Sonnenberg am besten gefallen. Der besondere Einsatz für gesunde Ernährung ist dort wirklich vorbildlich. Den Kindern der Einrichtung wird gewissenhaft und trotzdem spielerisch die Bedeutung und Herkunft gesunden Essens nahegebracht. Die Jüngsten planen nicht nur im Rahmen des Kochprojekts eigenverantwortlich ihr Essen, sie können mit den Erzieherinnen einkaufen gehen, bereiten das Essen selbstständig zu und servieren es. Die Kinder und Erzieherinnen der Einrichtung können sich jetzt über das Preisgeld in Höhe von 500 Euro freuen.

→ [Bericht zur Preisverleihung](#)

Red-Hand-Day-Aktion in Chemnitz

In meiner Heimatstadt Chemnitz habe ich gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordnete Frank Heinrich (CDU), dem Stadtrat Hubert Gintschel (LINKE) und der UNICEF-Hochschulgruppe der Technischen Universität im Februar rote Handabdrücke zugunsten der Aktion Rote Hand gesammelt, um ein Zeichen gegen den Einsatz von Kindersoldaten zu setzen. Neben einem Aufruf an Schulen, sich an der Aktion zu beteiligen, gab es öffentliche Aktionsstände in der Stadt zum offiziellen Red-Hand-Day am 12. Februar sowie am Chemnitzer Friedenstag. Insgesamt haben wir rund 300 rote Hände in Chemnitz gesammelt, die demnächst in Berlin an Vertreterinnen und Vertreter des Bundestages oder der Bundesregierung übergeben werden sollen.

→ [mehr zur Aktion](#)

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Volkmar Zschocke
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher
Telefon: 0351 / 493 48 50
Telefax: 0351 / 493 48 09
volkmar.zschocke@slt.sachsen.de
www.volkmar-zschocke.de

Tina Siebeneicher
Parlamentarische Beraterin für Kinder und Jugend, Familie, Senior*innen, Soziales und Gesundheit
Telefon: 0351 / 493 48 26
tina.siebeneicher@slt.sachsen.de

Anne Kobes
Parlamentarische Beraterin für Menschen mit Behinderung
Telefon: 0351 / 493 48 27
anne.kobes@slt.sachsen.de

Vi.S.d.P.: Tina Siebeneicher, Anne Kobes

Abonnement und Abbestellung des Newsletters unter: tina.siebeneicher@slt.sachsen.de